

ARMENIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Armenien wurde nach der für Staat und Gesellschaft verheerenden Niederlage im Zweiten Karabach-Krieg 2020 nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialpsychologisch in eine tiefe Depression gestürzt. Die erhofften Erfolge der »Samtenen Revolution« von 2018 scheinen zunichtegemacht. Politisch findet sich das Land im Status quo ante wieder: Eine geschwächte Regierung steht einer schwachen Opposition gegenüber; die Bevölkerung beobachtet das politische Treiben weitgehend teilnahmslos. Die Emigration nimmt erneut zu. Die Regierung von Premierminister Nikol Paschinjan, des Revolutionshelden von 2018, hat den zur Überwindung des semiautoritären Vorgängerregimes möglicherweise notwendigen Populismus verstetigt und löst das Versprechen verstärkter demokratischer Teilhabe aus diesem Grund gerade nicht ein. Dem revolutionären Gegensatz »Volk vs. Eliten« ist nun der Gegensatz »Volk und Regierung vs. alte Eliten« gefolgt, der erstaunlicherweise verfängt. Nach der Niederlage überstand Paschinjan Rücktrittsforderungen des Staatspräsidenten, der Kirche und der Armeeführung, gerade weil seine Regierung in den Augen vieler immer noch – und trotz Kriegsniederlage – das kleinere Übel im Vergleich zu den Vorgängerregierungen der äußerst unbeliebten Präsidenten Robert Kotscharjan und Sersch Sargsjan ist. Von der Regierungslinie abweichende Meinungen werden schnell als »konterrevolutionär« diffamiert. Das polarisierte politische Klima, in dem Gewalt durch Oppositionsakteure explizit nicht ausgeschlossen wird, verbunden mit der äußerst schwachen internationalen Position Armeniens, hat zu großer zivilgesellschaftlicher Resignation geführt.

Die Revolution hat damit keinen nachhaltigen politischen Kulturwandel erbracht: Große Bevölkerungsteile sind weiterhin politikfern und vertrauen den bestehenden Institutionen nicht. Politische Parteien, aber auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) genießen kaum Ansehen. Verschwörungstheorien grassieren insbesondere in den zunehmend bedeut-

samer werdenden sozialen Medien. Die Menschen sind anfällig für »fake news« und »alternative Wahrheiten«. Der gesellschaftspolitische Diskurs ist überwiegend konservativ, in der Wirtschaftspolitik liberal. Sichtbare progressive Alternativen fehlen weitgehend: Die nominell sozialistische Partei »Armenian Revolutionary Federation« (ARF) ist überwiegend nationalistisch eingestellt und durch ihre Kollaboration mit dem alten Regime größtenteils diskreditiert. Die neugegründete sozialdemokratische Partei »Bürgerentscheidung« ist marginal geblieben. Zur Politikferne weiter Bevölkerungsteile trägt die starke Zentralisierung des Landes bei: Politische Entscheidungen, aber auch wirtschaftliche Macht und ein großer Teil des armenischen Wohlstands sind in der Hauptstadt Jerewan konzentriert.

Die Corona-Pandemie hatte vor allem negative Auswirkungen auf die Gesellschaft. Zum einen besteht ein großer informeller Wirtschaftssektor, und zum anderen werden die Arbeitsrechte oft nur eingeschränkt verteidigt. Dadurch hat sich die Situation vor allem für Menschen aus dem informellen und dem Niedriglohnsektor noch weiter verschärft.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Armeniens Wirtschaftsmodell ist sozial ungerecht und nicht nachhaltig: Oligarchische Großunternehmer kontrollieren jeweils bestimmte Bereiche der Wirtschaft und haben sich nach 2018 mit der Regierung Paschinjan arrangiert. Die städtische Mittelschicht ist relativ klein, wobei sich durch die Entwicklung eines IT-Clusters in Jerewan in den letzten Jahren eine Dynamik ergeben hat, die auch gesellschaftspolitische Relevanz entfaltet. Große Teile der Bevölkerung leben in relativer Armut von Subsistenzwirtschaft und Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant*innen, insbesondere aus Russland. Das Wirtschaftswachstum hängt damit stark von externen Faktoren ab: Neben der Wirtschaftsentwicklung in Drittstaaten wie Russland schlägt sich auch ein Preisverfall bei wichtigen, von Armenien exportierten Rohstoffen unmittelbar im Bruttoinlandsprodukt des Landes nieder. Seit 2010 hat das statistisch verzeichnete Wirtschaftswachstum nicht

mehr zur Armutsreduktion beigetragen. Inwiefern der Aufschwung durch die russische Zuwanderung nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 hier eine Trendwende einläutet, bleibt abzuwarten. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Profitiert haben hingegen die Wohlhabenderen, die Ungleichheit ist kontinuierlich gestiegen.

Unentschieden blieb die Regierung in der Bergbaupolitik: Hier stehen die Interessen der lokalen Bevölkerung in Fördergebieten an für Armenien vergleichsweise gut bezahlten Arbeitsplätzen gegen die Forderungen von Umweltaktivist*innen nach stärkeren Kontrollen und Schließung von einzelnen Minen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die oben geschilderten, nicht einfachen Rahmenbedingungen finden ihren Widerhall in der Lage der Arbeitnehmer*innen: Besteht laut Gesetz noch ein angemessener Schutz ihrer grundlegenden Rechte, wird deren Einhaltung am Arbeitsplatz selten umgesetzt. Leider sind die armenischen Gewerkschaften aufgrund ihrer organisatorischen und konzeptionellen Schwäche – und vielleicht auch mangels Interesses an einer tatsächlichen Vertretung der Arbeitnehmer*innen – nicht in der Lage, diesem Zustand effektiv entgegenzutreten. Alternative Gewerkschaften, die insbesondere im Bildungsbereich gegründet wurden und von Intellektuellen gefördert werden, haben die klassischen Produktionsbetriebe bislang nicht erreicht.

Nach Jahren der Stagnation hat ein überraschender Führungswechsel in der Gewerkschaftskonföderation CTUA im September 2022, die Hoffnungen auf eine grundlegende Reform der armenischen Gewerkschaften steigen lassen.

GEWERKSCHAFTEN IN ARMENIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die ersten armenischen Gewerkschaften wurden bereits zwischen 1905 und 1907 gegründet. In Jerewan wurde die Gewerkschaft der Gerber, der Bäcker und der Postangestellten, in Kars (heutige Türkei) und Alexandropol (heutiger Name Gjumri) die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter gegründet. Bis 1921 erlebten die Gewerkschaften einen historischen Aufschwung und Zuwachs, rund 16 000 Industrie- und Büroangestellte schlossen sich ihnen an. Nach der Eingliederung Armeniens in die Sowjetunion wurden die Gewerkschaften in öffentliche Einrichtungen umgewandelt, die dem politischen System dienten. Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin war automatisch Mitglied einer Gewerkschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen und der aktiven Mitglieder. Gab es 1949 noch 2 576 primäre Gewerkschaftsorganisationen mit 161 200 Mitgliedern, waren es im Januar 1951 bereits 3 191 Organisationen mit insgesamt 207 118 Gewerkschaftsmitgliedern.

Das Spitak-Erdbeben von 1988, das 40 Prozent des Territoriums der Sowjetrepublik Armenien mit einer Bevölkerung von einer Million Menschen erfasste, zerstörte 17 Prozent des Wohnungsfonds der Republik und machte 400 000 obdachlos. Der Gewerkschaftsrat von Armenien organisierte die Evakuierung der Menschen aus dem Katastrophengebiet. Die Gewerkschaften aller Republiken der ehemaligen UdSSR halfen den armenischen Gewerkschaften, sodass 120 000 Kinder, Frauen und ältere Menschen in diesen Republiken in verschiedenen Sanatorien, Kurorten und Auffangheimen untergebracht und mit allem Notwendigen versorgt wurden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion verloren die Gewerkschaften einen Großteil ihrer Macht und ihres Einflusses. Die grundlegenden Veränderungen, die Anfang 1990 im politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben der Gesellschaft stattfanden, und die Veränderungen des staatlichen Regierungssystems und der Eigentumsform, die mit dem Übergang von der Planwirtschaft zu den Marktbeziehungen verbunden waren, führten zu einer sozial-ökonomischen Krise mit allen Konsequenzen. Die Massenarbeitslosigkeit resultierte in einer zunehmenden Abwanderung, insbesondere von hochqualifizierten Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen. In den Jahren 1991 bis 1996 verließen fast 650 000 Menschen das Land. Im Jahr 2000 gab es 173 000 Arbeitslose in Armenien. Die sozialpolitische Situation in der Republik erforderte tiefgreifende Veränderungen in der Gewerkschaftsbewegung.

Trotz des Verlustes des ehemals staatlich garantierten Einflussbereichs, prägen Strukturen und Verhaltensweisen aus Sowjetzeiten nach wie vor die Ansichten von Gewerkschaftsführer*innen und der Gesellschaft hinsichtlich der Rolle und Organisation von Gewerkschaften. Die politische Neuordnung Armeniens, das Entstehen einer Zivilgesellschaft und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Umbrüche, beispielsweise Reformen öffentlicher Einrichtungen und Behörden, zwingen die Gewerkschaften, sich neu auszurichten.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Armenien gibt es mit dem CTUA, der Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften, nur einen Dachverband. Er war bis 2022 durch Reformunfähigkeit, politische Passivität und eine nur symbolische internationale Vernetzung gekennzeichnet. Der unerwartete Führungswechsel hin zu Elen Manaseryan lässt positive Rückschlüsse zu, dass die Gewerkschaftsorganisation offener gegenüber dringend notwendigen inneren Reformen, mehr politischer Aktivität und einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit geworden ist.

In Armenien sind die Gewerkschaften durch eine Pyramiden-Struktur und eine gemeinsame Arbeitsweise miteinander verbunden. Die »Basiseinheiten« oder »Betriebsgewerkschaften« befinden sich am unteren Ende der Pyramide. Die meisten von ihnen haben sich zu regionalen »Gebietsgewerkschaften« (TTUs, Territorial Trade Unions) zusammengeschlossen, die wiederum in branchenspezifischen und überregionalen »Branch Republican Trade Unions« (BRTUs) gruppiert sind,

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Armenien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hayastani arhmiut'yunneri konfederats'ia, HAMH (Confederation of Trade Unions of Armenia, CTUA)	Elen Manaseryan	194279	IGB, PERC, GTUC (General Confederation of Trade Unions)

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Armenien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
BRTU of Workers of Agroindustrial Division of the Republic of Armenia	CTUA	Hasmik Dshangiryan	5 022	IUF
BRTU of Health Workers of Armenia	CTUA	–	16 050	PSI, EPSU
BRTU of Commerce, Catering, Consumer Cooperatives and Enterprise Workers Union of Armenia	CTUA	Shmavon Mkrtchyan	3 185	–
BRTU of Car-Agricultural-Machine-Building and Forest- Paper-Wooden-Manufacturing Industries of Armenia	CTUA	Tigran Arsenyan	2 120	–
BRTU of Industry Workers of Armenia	CTUA	Aristakes Danielyan	4 860	IndustriAll
BRTU of Banks, Financial Institutions Employees and Professional Employees of Trade of Armenia	CTUA	Laura Hakobyan	4 350	–
BRTU of Institutions of Higher Education in Armenia	CTUA	Armen Avetisyan	31 247	–
BRTU »Electrotradeunion«	CTUA	Karine Aloyan	8 037	IndustriAll
BRTU of Light Industry Workers of Armenia	CTUA	Srapion Arakelyan	1 991	–
BRTU of Miners, Metallurgists and Jewellers of the Republic of Armenia	CTUA	Eduard Pahlevanyan	6 347	IndustriAll
Employees Trade Union Organizations and Municipal Economy and Public Utilities of the Republic of Armenia	CTUA	Seda Harutyunyan	5 090	PSI, EPSU
BRTU of Education and Science of Armenia	CTUA	Grigor Gharibyan	49 250	EI, ETUCE
BRTU of Workers of Culture of Armenia	CTUA	Esmā Simonyan	8 120	–
BRTU of Construction and Building Materials Industry Workers of Armenia	CTUA	Lyudwig Sargsyan	8 200	–
BRTU of the Workers of State Enterprises, of Municipally Authorities and Public Service of Armenia	CTUA	Anahit Asatryan	30 150	–
BRTU of Service Sector, Food and Fishing Industry Workers of Armenia	CTUA	Khachik Arakelyan	6 200	–
BRTU »Miabanutyun« of Information Technology, Aviation and Means of Communication Workers of Armenia	CTUA	Sejran Avagyan	1 390	–
BRTU of Transport and Communication Workers of Armenia	CTUA	Lilit Karapetyan	3 200	–

wobei sich »Branch« auf den Wirtschaftssektor bezieht und »Republican« auf die landesweite Tätigkeit verweist. Aktuell gibt es 18 BRTUs, die wiederum den landeseigenen Gewerkschaftsbund (CTUA) an der Spitze der Pyramide bilden. Der CTUA koordiniert die Tätigkeit der BRTUs und wahrt deren Interessen. Das Leitungsgremium des CTUA ist der geschäftsführende Ausschuss, der sämtliche BRTUs vertritt.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für effektive Gewerkschaftsarbeit in Armenien sind komplex. Größtes Hindernis einer wirksamen Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen ist das de facto fehlende Streikrecht. Wenn Streiks stattfinden, sind dies meist formal illegale, »wilde« Streiks. Andere Rechte existieren weitestgehend nur auf dem Papier: So sind Arbeitgeber*innen theoretisch verpflichtet, das gewerkschaftliche Engagement ihrer Arbeitnehmer*innen zu respektieren und sie nicht dafür zu sanktionieren (beispielsweise durch Entlassung oder Beurlaubung). Sie müssen zudem die Gewerkschaftsvertreter*innen anhören, wenn sie Entscheidungen fällen, die den rechtlichen Status von Arbeitnehmer*innen betreffen, oder auch um fristgerechte Tarifverhandlungen sicherzustellen. In der betrieblichen Realität sind diese Bestimmungen aber kaum bekannt und werden meist unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund zielen die Aktivitäten der Gewerkschaften in erster Linie in zwei Richtungen: (1) die Organisation von Freizeitveranstaltungen (Kultur- und Sportereignisse) sowie die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen (finanzielle Beihilfen) und (2) Weiterbildungsmaßnahmen in Sozial- und Arbeitsrecht sowie im Bereich der Menschenrechte.

Armenien hat 23 Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, die den rechtlichen Rahmen für die Arbeitsgesetzgebung des Landes bilden. Armenien hat sich verpflichtet, internationale Normen wie beispielsweise Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention einzuhalten, der das Recht zur Bildung von Gewerkschaften umfasst und deren Grundrechte garantiert. Artikel 28 der armenischen Verfassung definiert die grundlegenden Prinzipien im Hinblick auf die Rechtsposition der Gewerkschaften. Alle Menschen haben ein Recht auf Vereinigungsfreiheit und sind berechtigt, Gewerkschaften zu gründen oder diesen beizutreten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Das armenische Gewerkschaftsgesetz sieht vor, dass Gewerkschaften das Recht haben, Tarifvereinbarungen mit Arbeitgeber*innen und Arbeitgeberverbänden zu schließen. Darüber hinaus kann der CTUA Vereinbarungen mit der armenischen Regierung aushandeln und unterzeichnen.

Die Verhandlung von Tarifvereinbarungen ist eine noch vergleichsweise junge Praxis in Armenien, was auch einer der Hauptgründe ist, weshalb die meisten Parteien bis zum bitteren Ende auf ihren Forderungen beharren. Die Verhandlungsprozesse führen nur selten zu greifbaren Ergebnissen. Die Kultur der Verhandlungsführung und der politischen Auseinan-

dersetzung ist schwach ausgeprägt, sodass die Gewerkschaften es teilweise vorziehen, den politischen Gegner nicht herauszufordern. Die zweite Flächentarifvereinbarung von 2015 hebt das Erfordernis hervor, soziale und arbeitsrechtliche Fragen durch gemeinsame Abstimmung zu lösen. Das Vertragswerk verfügt über einen eigenen Umsetzungsmechanismus und ein Aufsichtsgremium. Ergänzend zu den landesweiten Übereinkommen regeln weitere Tarifvereinbarungen zwischen den BRTUs und den Regierungs- und Verwaltungsbehörden Fragen des jeweiligen Wirtschaftssektors. Viele Betriebsgewerkschaften haben in kleinerem Umfang Tarifvereinbarungen geschlossen. Obwohl derartige landesweite Vereinbarungen in Armenien noch eine Seltenheit sind, besteht Grund zu der Annahme, dass solche Tarifvereinbarungen einen wichtigen Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes leisten könnten. Die Gewerkschaften unternehmen jedoch zu wenig, um diese Hauptaufgaben voranzutreiben. Die Gewerkschaftsarbeit lässt eine strukturell bedingte Trägheit bei Problemen wie beispielsweise dem zu niedrigen Mindestlohn erkennen: Abgesehen von der Vorlage kritischer Stellungnahmen haben die Gewerkschaften keinerlei Proteste geäußert oder Initiativen auf den Weg gebracht.

Die BRTUs haben mehr als 1 000 Tarifvereinbarungen geschlossen. Allerdings hängt in vielen Fällen deren Erfolg von der Art des Arbeitgebers sowie vom Ansehen und dem Sozialkapital des Gewerkschaftsführers bzw. der Gewerkschaftsführerin ab. Die armenische Regierung, der CTUA und der Arbeitgeberverband Armeniens (RUEA, Republican Union of Employers of Armenia) unterzeichneten am 27. April 2009 und am 1. August 2015 zwei trilaterale Vereinbarungen. Fachleute sind jedoch der Ansicht, dass die Vereinbarungen mangels Erfahrung der Verhandlungspartner mit trilateralen Formaten lediglich deklaratorischen Charakter haben, was ihre Umsetzung auf der politischen Handlungsebene erschwert: Sie haben keinen nennenswerten regulatorischen Einfluss auf Arbeits- und Sozialbedingungen oder Lohn- und Gehaltserhöhungen für Gewerkschaftsmitglieder. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass einige Betriebsgewerkschaften unter der Obhut eines einzigen Arbeitgebers betrieben werden. Die Arbeitnehmer*innen treten formal diesen Gewerkschaften bei, ihre Forderungen und Ansichten kommen jedoch nie zur Sprache. Die schwierige Wirtschaftslage in Armenien beschert den Arbeitgebern erhebliche Druckmittel gegenüber den gewerkschaftlichen Maßnahmen: Sie können die Umsetzung von Tarifvereinbarungen beeinflussen oder gänzlich verhindern. Einige Arbeitgeber ignorieren schlicht und einfach diejenigen Passagen einer Tarifvereinbarung, die ihnen ungelegen kommen. Dieses widerrechtliche Verhalten wird ermöglicht durch die stillschweigende Zustimmung der sogenannten »gelben Gewerkschaften« – rein formal bestehende Gewerkschaften, die entweder inaktiv sind oder nur im Interesse des Arbeitgebers tätig werden.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die offiziell angegebenen Mitgliedszahlen der CTUA sind mit Vorsicht zu betrachten: Sie würden einen Organisationsgrad von ca. 16 Prozent bedeuten, der sich im armenischen Alltag überhaupt nicht widerspiegelt. Vielfach sind Menschen offen-

bar Mitglied einer Gewerkschaft, ohne sich dessen zu bewusst zu sein, z. B. wenn sie einen Lehrauftrag an einer Hochschule übernehmen und die Arbeitgeberseite automatisch den Gewerkschaftsbeitrag abführt. Einige Branchengewerkschaften haben in der Vergangenheit bewusst keine Aktivitäten unternommen, um ihre Mitglieder nicht an die Existenz der Gewerkschaft zu erinnern – denn dann würden diese möglicherweise austreten.

Die armenischen Gewerkschaften haben zwar das Recht zur Vorlage von Gesetzesentwürfen, Gesetzesänderungen und Empfehlungen, nutzen dieses aber kaum. Während die Überbleibsel der sowjetischen Strukturen und Mentalitäten die armenischen Gewerkschaften noch immer belasten, sehen sie sich zugleich einem zunehmend dynamischen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld ausgesetzt. Um den mit diesem gesellschaftlichen Wandel einhergehenden Herausforderungen gerecht zu werden, müssen die armenischen Gewerkschaften Strategien entwickeln, die ihnen helfen, sich mit anderen Akteuren der Arbeitswelt zu vernetzen und ihre eigene Sichtbarkeit zu erhöhen. Sie müssen zudem stärker auf Mitbestimmung ausgerichtete interne Verfahren entwickeln, um ihre Mitglieder zu mobilisieren. Würden sich die Gewerkschaften dafür einsetzen, Fortschritte beim Schutz der Rechte von Arbeitnehmer*innen und bei den Einkommen zu erzielen und ihren anderen Kernaufgaben nachzukommen, so wären ihre Mitglieder vermutlich um einiges loyaler eingestellt.

Nach Jahren der Stagnation lässt der Führungswechsel Ende 2022 in der Gewerkschaftskonföderation CTUA auf eine grundlegende Reform der armenischen Gewerkschaften hoffen. Erste Schritte dafür sind bereits in der Form von Erstellung neuer Strategie der armenischen Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage einer objektiven kompletten Bedarfsanalyse zu beobachten. Zu den wichtigsten externen Herausforderungen zählen auch weiterhin die Verbesserung des öffentlichen Images, die Mitgliedergewinnung sowie die Erhöhung des politischen Engagements in Hinblick auf Gesetzesinitiativen, das Anstoßen öffentlicher Debatten und das Anstrengen von Prozessen gegen Unternehmen und Behörden. Als Trägergruppen der internen Reform- und Erneuerungsbestrebungen können allenfalls die jungen und bewussten Gewerkschafter*innen in einigen wenigen Branchen gelten, die Probleme erkennen, diese benennen und sich motiviert für deren Lösung in verschiedenen Formen einbringen. Allerdings werden die Jugendorganisationen in dieser Hinsicht oftmals von ihren Mutterorganisationen nicht unterstützt. Beispielsweise wird ihnen nur geringe finanzielle Zuwendung zuteil. Kritik wird vielfach nicht zugelassen und alternative Meinungen zur bestehenden Arbeitskultur werden häufig weder begrüßt noch akzeptiert.

Marcel Röthig, Leiter des Regionalbüros Südkaukasus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tiflis

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.